

1 **Antragstitel: Veränderung braucht Chancen - Leitlinien liberaler Struk-**
2 **turpolitik**
3

4
5
6 Als Freie Demokraten begegnen wir Wandlungsprozessen mit einer optimistischen Haltung: Wir
7 wissen, dass Fortschritt immer mit Chancen verbunden ist und dass Veränderungen kein Schick-
8 sal sind, sondern aktiv gestaltet werden können. Wo auf Basis kluger Analyse ein Freiheit und
9 Anreize gebender Rahmen geschaffen wird, da kann Neues entstehen und Wandel gelingen.
10 Damit stellen wir als Freie Demokraten eine Politik der Chancen gegen realitätsferne Vorstel-
11 lungen von Status-Quo-Bewahrung einerseits und Steuerungsphantasien andererseits.

12
13 Für unser Land Nordrhein-Westfalen ist das Thema Strukturwandel nicht neu, aber hochaktuell.
14 Prägendes Beispiel eines tiefgreifenden Wandels ist das Ruhrgebiet, dessen Geschichte eng mit
15 Steinkohle und Industrie verbunden ist. Diese Geschichte wird in Gegenwart und Zukunft fort-
16 geführt. Die gemeinsamen Anstrengungen, etwa im Rahmen der Ruhrkonferenz, zeigen, welch
17 positive Perspektive das Ruhrgebiet bei seiner Entwicklung zu einer modernen und attraktiven
18 Metropolregion hat. Aber auch andere Regionen Nordrhein-Westfalens haben im Laufe der Zeit
19 Veränderungen ihrer wirtschaftlichen Struktur erlebt. Wandel und Dynamik sind - mit der digita-
20 len Transformation in zunehmenden Maße - daher Themen für alle Regionen, jeden Teilraum
21 und für jede Kommune. Insbesondere die Erfahrungen mit dem Strukturwandel im Ruhrgebiet,
22 der ebenfalls mit einer umfassenden Veränderung zentraler regionaler Industriestrukturen
23 einhergeht, können nun für die Entwicklung im Rheinischen Revier nutzbar gemacht werden.
24 Als Freie Demokraten in Nordrhein-Westfalen wollen wir den anstehenden Strukturwandel im
25 Rheinischen Revier und rund um die Steinkohlestandorte im Ruhrgebiet zum Anlass nehmen,
26 Leitlinien liberaler Strukturpolitik zu definieren.

27
28 ***Das Rheinische Revier zum Chancenraum machen***
29

30 Auf Beschluss der Bundesregierung wurde die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und
31 Beschäftigung“ (WSBK) eingesetzt und mit dem Auftrag versehen, einen Ausstiegspfad aus der
32 Kohleverstromung vorzuschlagen sowie Perspektiven für die betroffenen Regionen zu erarbei-
33 ten. Mit ihrem Abschlussbericht hat die WSBK diesen Auftrag umgesetzt. Als Freie Demokraten
34 hätten wir uns eine andere Herangehensweise bei den Themen Klimaschutz und Energiesystem
35 der Zukunft mit marktwirtschaftlichen Elementen gewünscht. Umso mehr ist unserem liberalen
36 Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart für seinen Einsatz zu danken, die Interessen
37 Nordrhein-Westfalens in die Kommission einzubringen und die Instrumente mit einer liberalen
38 Handschrift zu versehen. Dank dieses Einsatzes ist das Ergebnis für unser Land positiv: Die Be-
39 dingungen, die wir aus NRW an die Kommission gestellt haben, werden erfüllt. Dazu gehören
40 die Versorgungssicherheit, die mit Revisionsklauseln abgesichert wird, die Bezahlbarkeit der
41 Energie für Verbraucher und Industrie sowie ein sozial-verträglicher Ausstieg. Für das Rheini-
42 sche Revier ist mit dem Abschlussbericht klar: Der Strukturwandel kommt schneller, aber mit
43 breiter Unterstützung.

44 Und das Rheinische Revier ist vorbereitet! Die Akteure des Reviers haben sich in vorbildlicher
45 Kooperation auf den Weg gemacht, um gemeinsam und mit dem Wissen um die jeweiligen
46 Bedarfe vor Ort die Transformation der Region zu gestalten. Mit den Eckpunkten des Wirt-
47 schafts- und Strukturprogramms „Das Rheinische Zukunftsrevier“ hat die Zukunftsagentur Rhei-
48 nisches Revier (ZRR) den Anstoß für Projekte und Maßnahmen gegeben. Der umfangreiche
49 Projektkatalog hat auch Eingang in den Abschlussbericht der WSBK gefunden. Damit gilt es nun,
50 diese Eckpunkte weiterzuentwickeln und in die Umsetzung zu bringen.

51
52 Das, was im Rheinischen Revier gelingt, gelingt für ganz Nordrhein-Westfalen. Der Strukturwan-
53 del in der Region wird in das ganze Land ausstrahlen. Was hier richtiggemacht wird, kann auch
54 in anderen Regionen richtiggemacht werden. Und was hier zu neuer wirtschaftlicher Stärke
55 führt, stärkt unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand insgesamt. In einem System funktional

1 über Zuliefererstrukturen, Pendlerverflechtungen und Cluster verbundener Teilräume kommen
2 Erfolge allen zugute. Strukturpolitik mit liberaler Handschrift nimmt daher die jeweilige Region
3 in den Fokus, das gesamte Land aber in den Weitwinkel. Was im Rheinischen Revier neu aufge-
4 baut wird, nutzt dem ganzen Land. Das Ende der Kohleverstromung wird auch die Herausforde-
5 rungen für den Strukturwandel im Ruhrgebiet rund um die Standorte der Steinkohlekraftwerke
6 erhöhen. Wir Freien Demokraten wollen auch hier eine vorausschauende Strukturpolitik betrei-
7 ben. Der Landesparteitag begrüßt, dass in dem Bericht der WSB-Kommission auf Initiative der
8 nordrhein-westfälischen Landesregierung zusätzliche Strukturmittel für die vom vorzeitigen
9 Rückbau von Steinkohlekraftwerken betroffenen Regionen enthalten sind. Sie sollen den be-
10 troffenen Standorten die Chance eröffnen, durch gezielte Strukturmaßnahmen vorlaufend neue
11 Arbeitsplätze in den Regionen zu schaffen.

12
13 Als Freie Demokraten wollen wir durch eine Gestaltung der Rahmenbedingungen den Struktur-
14 wandel begleiten. Die Prinzipien, denen wir dabei folgen, definieren liberale Strukturpolitik.

15 **Leitlinien liberaler Strukturpolitik**

16 **1. Chancengestaltung statt Schicksalhaftigkeit**

17
18
19 Als Freie Demokraten sehen wir Chancen, wo andere den Wandel nur beklagen, auf Angst set-
20 zen oder Untergangsszenarien entwerfen. Wir wissen um die Möglichkeiten, die eine Politik der
21 Chancengenerierung hat; vor allem aber wissen wir um die Stärke der Denker, Tüftler und Visi-
22 onäre, der Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft, die sich einbringen in den Prozess des
23 Strukturwandels.

24
25 Wandel kommt in der Regel nicht überraschend. Das Rheinische Revier, das bereits vor dem
26 Beschluss der WSBK um die endliche Perspektive für die Braunkohleverstromung wusste, hat
27 sich daher bereits früh auf den Weg gemacht. Das Leitmotiv der Zukunftsagentur Rheinisches
28 Revier (ZRR), das von einem „präventiven Strukturwandel“ und von einem „Strukturwandel in
29 Echtzeit“ spricht, ist Ausdruck dieser Haltung, nicht abzuwarten, sondern proaktiv tätig zu wer-
30 den. Die detaillierte Liste der Projekte und Maßnahmen, die vor Ort erarbeitet wurden, zeugt
31 von diesem Anspruch und hat wesentlich zu der erfolgreichen Berücksichtigung im Abschlussbe-
32 richt der WSBK beigetragen. Die Liste zeigt, was möglich ist, und sie gibt allen Grund zum Opti-
33 mismus: Mit der Umsetzung der Maßnahmen kann das Rheinische Revier zum einem Innovati-
34 onshotspot in Nordrhein-Westfalen werden.

35 **2. Rahmenbedingungen statt Detailsteuerung**

36
37 Bei der Begleitung des Strukturwandels muss es darum gehen, anreizgebende Rahmenbedin-
38 gungen zu setzen und damit einen Raum zu schaffen, in dem sich Entwicklungen vollziehen
39 können. Die Vorstellung, Veränderungsprozesse durch Detailsteuerung „regieren“ zu können,
40 halten wir für falsch und von der Realität überholt. Wo sich der Staat in kleinteilige, konkrete
41 und vor Ort zu treffende Entscheidungen einmischt, da übernimmt er sich. Er übernimmt sich
42 auch, wenn er in der Perspektive von Dauersubventionen verbleibt, statt auf Anreize zu setzen.
43 Eine Idee, die nicht mittelfristig für ihre eigene Umsetzung einsteht, trägt nicht. Die Entschei-
44 dung, welche Idee welches Potential hat, kann der Staat kaum treffen. Es muss also darum ge-
45 hen, mit den Mitteln, die als Förderung eingesetzt werden, Rahmenbedingungen und Anreize zu
46 schaffen, Anstöße zu geben, Anschub zu bilden. Dauerhafte Subventionen führen zu einer Sta-
47 tus-Quo-Bewahrung, die ihre eigenen Versprechungen nicht einhalten kann.

48
49 Bei den Rahmenbedingungen geht unser liberaler Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pink-
50 wart mit den „Entfesselungspaketen“ der NRW-Koalition den richtigen Weg. Mit der Beseitigung
51 bürokratischer Hindernisse, mit mehr Entwicklungsmöglichkeiten für die Regionen und Kom-
52 munen in der Landesplanung und mit der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsver-
53 fahren werden neue Handlungsspielräume eröffnet, die von den Akteuren in den Kommunen

1 und der Wirtschaft für die Flächenentwicklung, für Investitionen und damit für den Erhalt und
2 die Sicherung von Arbeitsplätzen genutzt werden können.

3
4 Für das Rheinische Revier ist das Thema Flächenentwicklung einer der wichtigsten Bausteine.
5 Mit den geplanten Änderungen am Landesentwicklungsplan (LEP) sowie dem bereits in Kraft
6 getretenen Erlass zur Konkretisierung des LEP hat die Landesregierung bereits wichtige Wei-
7 chenstellungen vorgenommen. Mit den verlängerten Planungszeiträumen für Siedlungsflächen
8 können Kommunen bedarfsgerecht Wohnbau- und Gewerbeflächen ausweisen. Zudem soll das
9 Rheinische Revier eine Sonderstellung bei der Ausweisung zusätzlicher Industrie- und Gewerbe-
10 gebiete bekommen. Für die zukünftig nicht mehr genutzten Flächen der Energiewirtschaft muss
11 eine zügige Entwicklung und neue Nutzbarmachung gesichert werden.

12 13 **3. Vor-Ort-Wissen statt Top-Down-Politik**

14 Keine politische Ebene ist allwissend - das Prinzip der Subsidiarität hat daher gerade bei der
15 Strukturpolitik eine hohe Relevanz. Wir wollen, dass Bundes- und Landesebene Rahmgeber
16 sind und ermöglichen, was regional und kommunal gestaltet werden kann. Die Akteure vor Ort
17 wissen am besten um die notwendigen Maßnahmen. Dieses Wissen umfasst auch die spezifi-
18 schen Ressourcen und Stärken der Region, auf denen im Strukturwandel aufzubauen ist und die
19 von Land und Bund als Ausgangspunkt genommen werden müssen. Dabei ist Ziel und Maßstab
20 liberaler Strukturpolitik, aufbauend auf diesen Stärken Wettbewerbsnachteile auszugleichen,
21 um faire Entwicklungschancen zu schaffen. Dies schließt Anreize ein, Bevorzungen einzelner
22 Teilräume oder Regionen aus. Auch städtische wie ländliche Räume sind dabei mit ihren jewei-
23 ligen Bedarfen zu betrachten, aber niemals voreinander zu stellen - die verschiedenen Regionen
24 Nordrhein-Westfalens brauchen gleiche Chancen.

25
26 Das Rheinische Revier zeigt, dass eine solche „von unten“ getragene Entwicklung gelingen kann
27 - die oft theoretisch begrüßte interkommunale Zusammenarbeit wird hier praktisch gelebt.
28 Strukturwandel kennt keine harten Grenzen - auch deshalb ist der rein kommunale Blick immer
29 in die Region auszuweiten. Dies gilt im Industrie- und Energieland Nordrhein-Westfalen erst
30 Recht: Wertschöpfungsketten überspringen einzelne Teilräume bzw. verbinden diese funktional
31 miteinander.

32
33 Die Stärken einer Region sind Ausgangspunkt für eine erfolgreiche Gestaltung der Zukunft. Dass
34 das, was sich ändert, gerade die Brücke in diese Zukunft sein kann, kann das Rheinische Revier
35 zeigen: Es wird Energierevier bleiben und zum Standort innovativer Anwendungen des Energie-
36 systems der Zukunft werden. Energieforschung, Speichertechnologien oder Sektorenkopplung,
37 die energiewirtschaftliche Folgenutzung von Kraftwerksstandorten, der Ausbau Erneuerbarer
38 Energien - das alles sind Stichworte, die im Revier nun mit Leben gefüllt werden. Gleiches gilt
39 für das Versprechen, dass die energieintensive Industrie weiterhin ihre Heimat im Revier findet.
40 Hinzu kommen neue Stärken, neue industrielle Kerne wie ein E-Automotive-Cluster inklusive
41 einer Batteriezellproduktion. Auch im Bereich der Bioökonomie und der Landwirtschaft bieten
42 sich Chancen für eine Pilotregion, die vorhandenes Wissen nutzt, um neues Wissen, neue An-
43 wendungen und neue Produkte zu generieren. Alte Stärken zu neuen Stärken - so kann der
44 Strukturwandel auf Basis einer der Region entsprechenden Konzeption erfolgreich gestaltet
45 werden.

46 47 **4. Nachhaltige Zukunft statt kurzfristige Leuchttürme**

48 Nichts ist kurzlebiger als die Gegenwart. Bei Projekten und Maßnahmen, die im Strukturwandel
49 gefördert werden, ist daher der Blick streng Richtung Zukunft zu richten. Investitionen sollten
50 nur dort erfolgen, wo die wirtschaftliche Nachhaltigkeit gegeben und wo ein langfristiger Nut-
51 zen zur erwarten ist. Die Politik hat leidvolle Erfahrung mit „Leuchttürmen“ gemacht, die eher
52 kurz blinkten als lange Orientierung zu geben.

1 Im Fokus der Strukturpolitik sollte deshalb vor allem eines liegen: Infrastruktur. Denn jeder
2 sinnvoll geplante Meter Schiene oder Straße, jedes Glasfaser-Kabel, jeder Mobilfunkmast wird
3 auch morgen noch von Nutzen sein. Erst Recht gilt das für die wesentliche nichtmaterielle Res-
4 source: Wissen. Was nicht verbraucht werden kann, bleibt und kann damit langfristig wirken.
5 Deshalb sind Investitionen in Infrastruktur und Innovationen sinnvoller als konsumtiv angelegte
6 Mittel, ist die Stärkung von Forschung und Entwicklung zentraler als „Einmalprojekte“. Denn die
7 wahre Leuchtkraft geht von den Maßnahmen aus, die weiter ausstrahlen - über die Region und
8 die Gegenwart hinaus.

9
10 Zu den großen Erfolgen des Strukturwandels im Ruhrgebiet gehört die Gründung von Hochschu-
11 len und deren Wirkung in die Region. Auch für das Rheinische Revier wird Forschung eine we-
12 sentliche Rolle spielen. Dabei muss ein Schwerpunkt auf dem Transfer in die Wirtschaft liegen.
13 Die Einbettung des Reviers in den Wissenschaftsraum kann mit Ausgründungen wie dem neuen
14 Campus der Technischen Hochschule Köln oder einem geplanten Fraunhofer-Institut für die
15 digitale Energiewende verstärkt werden. Auch die Entwicklung des Campus der RWTH Aachen
16 oder der Brainergy-Park in Jülich sind hierfür gute Beispiele. Als Innovationsrevier hat die Regi-
17 on die besten Voraussetzungen für eine neue Gründungskultur, für Forschungscluster und die
18 entsprechenden Spill-Over-Effekte auf Wirtschaft und Industrie. Mobilfunk- und Breitbandaus-
19 bau und die Errichtung einer 5G-Modellregion stehen im Rheinischen Revier ebenso auf der To-
20 Do-Liste wie ein Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, mit der der Raum erschlossen und optimal
21 an die Ballungszentren angebunden wird.

22
23 Wir wollen die Grenznähe des Rheinischen Reviers nutzen und auch die Zusammenarbeit zwi-
24 schen den Hochschulen in der Euregio Maas-Rhein stärken. Dies gilt insbesondere für die Schaf-
25 fung eines grenzüberschreitenden Universitäten- und Hochschulnetzwerks zwischen Deutsch-
26 land, Belgien und den Niederlanden.

27 28 **5. Sozialverträglichkeit statt Strukturbrüche**

29 Das Einlösen des Anliegens eines „erfolgreichen“ Strukturwandels misst sich an der Perspektive
30 der Menschen in der jeweiligen Region. Nur dort, wo die Menschen neue Perspektiven bekom-
31 men, was Wohnqualität, Arbeitsplätze und Wohlstand angeht, kann von einem gelungenen
32 Wandel die Rede sein. Diese Perspektiven müssen aber dort sein, wo die Menschen ihren Le-
33 bensmittelpunkt gefunden haben. Strukturmittel fließen schließlich in eine Heimat, die es auch
34 im Strukturwandel zu bewahren gilt. Bei der Begleitung von Veränderungsprozessen kommt
35 daher dem Ziel, Strukturbrüche zu vermeiden, hohe Bedeutung zu.

36
37 Das letztlich eingelöste Versprechen des Ruhrgebiets, „kein Bergmann darf ins Bergfreie fallen“,
38 steht für diese Perspektive, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und den Anstrengungen
39 und Leistungen, den Herausforderungen und Hoffnungen der Menschen mit Wertschätzung
40 begegnet.

41
42 Im Strukturwandel ist der Blick nach vorne zu richten - die Würdigung der historischen Leistung
43 der Region, ihrer Bürgerinnen und Bürger und der Beschäftigten darf darüber aber nicht verges-
44 sen werden. Im Rheinischen Revier haben viele Menschen durch die Umsiedlungen ihre Heimat
45 verlassen und andernorts neu beginnen müssen. Anwohnerinnen und Anwohner der Tagebau-
46 kommunen haben teils enorme Einschränkungen hinnehmen müssen. Die Beschäftigten in der
47 Braunkohleindustrie haben mit ihrer Arbeit zur Wertschöpfung in der Region und zur Stärkung
48 des Energie- und Industriestandorts beigetragen. Das alles darf nicht vergessen werden.

49
50 Um den Strukturwandel im Rheinischen Revier angesichts der politischen Entscheidung für
51 einen schnelleren Ausstieg aus der Braunkohleverstromung sozialverträglich zu gestalten und
52 Strukturbrüche zu vermeiden, steht die Bundesregierung in der Pflicht. Die nach Nordrhein-
53 Westfalen fließenden Strukturmittel sind nötig und werden gut investiert. Sie schaffen Zukunft
54 im Rheinischen Revier und darüber hinaus für ganz Nordrhein-Westfalen.